

Danziger Zeitung.

Nr. 10808

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Peitknerstrasse 10. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 6 M. — Interesse kostet für die Petitionen oder deren Nachr. 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Lotterie.

(Bericht von H. G. Hahn.)

Bei der am 14. d. M. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 157. Königl. Preußischen Klosterlotterie fielen 4 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 4895 19 170 32 173 81 804. 1 Gewinn zu 6000 M. auf Nr. 83 887 37 Gewinne zu 2000 M. auf Nr. 7179 800 2018 10 527 10 613 11 847 13 713 14 692 23 465 24 594 26 167 36 287 37 306 44 034 45 075 48 545 49 832 53 259 56 803 6 993 67 582 69 421 68 689 72 791 78 916 75 519 81 145 81 871 83 671 84 001 85 578 86 520 89 381 91 585 91 693 98 507 94 83 41 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 1977 2886 3980 5064 6794 7154 10 295 12 290 14 966 15 216 15 647 18 350 18 891 28 884 28 914 37 423 37 493 42 617 46 584 50 48 52 668 53 202 55 389 56 090 60 672 60 685 60 908 62 527 63 964 66 236 68 969 71 812 74 566 74 955 75 590 88 035 90 190 92 820 93 702 94 021 94 553.

Gewinne zu 600 M. auf Nr. 919 1477 3046 4145 5030 6098 6236 7121 9805 10 479 13 340 14 449 15 759 16 014 17 596 18 879 19 467 20 129 20 479 24 542 24 579 24 963 26 587 26 918 27 438 28 082 28 291 30 191 31 149 31 438 31 544 32 823 32 890 35 536 35 616 35 743 37 884 40 480 40 896 42 462 42 669 42 712 42 747 43 671 43 770 44 809 48 553 48 875 49 894 54 070 54 253 57 428 58 082 58 199 60 521 61 570 67 085 70 723 72 297 74 402 76 710 78 235 78 752 79 860 82 895 86 664 87 515 88 181 91 198 91 230 91 544 92 236 92 509.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 15. Februar. Im Oberhause teilte Graf Derby das Einlaufen eines Theiles der britischen Flotte in die Dardanellen mit. Die Pforte erhob nur formellen Protest und leistete keinen materiellen Widerstand. Graf Derby fügte hinzu, die Flotte ankere bei den Prinzeninseln. Fürst Gortschakoff zeigte gestern an, daß wie England seine Flotte zum Schutze der britischen Unterthanen, in Anatolien einen Theil seiner Truppen zum Schutz aller Christen nach Konstantinopel sende. Derby erklärte, die Depesche sei versöhnlich gehalten, er könne aber nicht angeben, daß die Besetzung Konstantinopels mit der Entsendung von Schiffen nach Häfen, die unterhalb Konstantinopel liegen, gleichbedeutend sei, und er habe Gortschakoff in diesem Sinne geantwortet. — Im Unterhause gab Lord Northcote ähnliche Erklärungen ab.

Konstantinopel, 13. Februar, Mittags. (Direkte Meldung der "Agence Havas") Die britische Flotte passirte heute Morgens die Dardanellen und wird heute Abend in Konstantinopel eintreffen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 14. Februar. Der "Polit. Corresp." wird aus Konstantinopel von heute telegraphirt, gestern habe dort das Gericht circulirt, der Sultan treffe Vorbereitungen, die Residenz zu verlassen. — Ein Theil der britischen Flotte ist vor den Prinzen-Inseln vor Anker gegangen, zwei Panzerschiffe sind bei Gallipoli geblieben. — Aus Bulwaret wird denselben Blatte gemeldet, daß zwei russische Lager in Rumänien gebildet werden sollen, das eine bei Projetschi mit einstweilen 30 000 Mann, das andere bei Roman in der Moldau mit 10 000 Mann. — Anläßlich der von türkischen Banden bei Kardika in Thessalien und bei Rethymo in Kreta verübten Grausamkeiten, wegen deren die griechische Regierung, wie gemeldet, bei den Mächten Beschwerde erhob, ist nach einem Telegramm der "Polit. Corresp." aus Athen vom 13. d. seitens der Regierung der Beschluß gefasst worden, die Armeen auf 50 000, die Marine auf 10 000 Mann zu bringen.

London, 14. Febr. Der Admiraltät ist eine Depesche des englischen Consuls in Tschankalessi zugegangen, welche bestätigt, daß gestern 6 Schiffe der englischen Flotte die Dardanellen passirt haben. Der türkische Pascha in Tschankalessi erhob gegen die Durchfahrt der Schiffe formellen Protest, hat aber keinerlei active Schritte, um dieselbe zu verhindern. Der englische Admiral hat Befehl, mit oder ohne Erlaubniß der türkischen Regierung in die Meerenge einzulaufen und die zum Schutze der hinter ihm befindlichen gefechtsbereiten Schiffe erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. — Der Parlaments-Unter-Statthalter im Departement der Colonien, James Lowther, ist nunmehr zum Generalsekretär für Irland ernannt.

Reichstag.

4. Sitzung vom 14. Februar.

Antrag der Abg. Bürgers, Dr. Fritzsche u. Gen.: "Den Reichskanzler aufzufordern, mit Rücksicht auf die wegen Benachteiligung des freien Gewerbebetriebes durch die gewerbliche Gefangenarbeit erhoibene Beschwerde und behutsame Erlangung einer Grundlage für die in dem Strafvollzugsgesetz zu lösenden Fragen über die Art der Beschäftigung der Gefangenen die Bundesregierungen zu erläutern, dieß Beschwerden, soweit sie tatsächliche Anführungen enthalten, einer eingehenden Untersuchung, möglichst unter Beziehung der Vertreter der Beschwerdeführer, zu unterziehen und über deren Ergebnis in Verbindung mit einer Statistik über die Gefangenarbeit im Reiche dem Reichstage demnächst Mittheilung zu machen."

Abg. Bürgers: 1869 beschloß der Norddeutsche Reichstag, den Bundeskanzler zu erläutern, bis zur nächsten Session eine amtliche Untersuchung über den Einfluß der Buchbauerarbeit auf die Lage der freien Arbeiter im Norddeutschen Bunde anzurufen. Im folgenden Jahre wurden die Ausführungen der Bundesregierungen darüber dem Reichstage übergeben und der Petitionscommission überwiesen, der eine Petition von mehr

als 8000 Cigarrenmachern gegen die Gefangenarbeit vorlag. Der Referent dieser Commission fand jedoch in den Akten nur ungeschicktes Material, mangelhaft und dürfte Mittheilungen der meisten Regierungen bis auf Preußen, Sachsen und Braunschweig und erklärte dieselben für gänzlich unbrauchbar als Grundlage einer Untersuchung. 19 Regierungen belichen es bei der einfachen Behauptung, daß nachtheilige Einwirkungen der Buchbauerarbeit auf die Lage der freien Arbeiter nicht zu constatiren seien. Die Petitionscommission beantragte Überleitung der Petition zur Berücksichtigung. Da jedoch das Petition einer ausschließlichen Beschäftigung der Gefangenen in Arbeitsweigen, die für ihrer Verarbeitung erlernt haben, Bedenken erregten, so beantragte der Abg. v. Hoverbeck, die Petition, soweit sie darauf abzieht, die allgemeine Einführung der für die preußischen Strafanstalten vorgeschriebenen Grundsätze für die Beschäftigung der Gefangenen herzulegen, dem Bundeskanzler zu überweisen. Präsidialrat Hoyer bediente die Petition, sofern sie auf die betreffenden Wünsche des Reichstages eingehen wollten. Er erläuterte sich indessen für den Antrag Hoverbeck, welcher Delbrück bemerkte: die Verwaltung der Strafanstalten sei keine Materie für die Aufsicht des Bundes, der Bundeskanzler könne daher der verbündeten Regierungen nur anheigen, wie weit sie auf die betreffenden Wünsche des Reichstages eingehen wollten. Er erläuterte sich indessen für den Antrag Hoverbeck, welcher auch zum Beschlusse erhoben wurde. In der Session von 1876 gelangte dann als ein Ausfluss socialdemokratischer Agitation eine neue Anzahl Petitionen an den Reichstag. Der Abg. Jacobi erstattete Namen der Petitionscommission den schriftlichen Bericht; derselbe gelangte jedoch wegen des Sessionsschlusses nicht mehr vor das Plenum. Die Beschwerden bestehen bis zum heutigen Tage fort. Der Reichstag hat wiederholt die preußischen Grundsätze für die Beschäftigung der Gefangenentheils durch Beschluss des Plenums, teils durch das Gutachten seiner Petitionscommission empfohlen. Es wurde die Beschäftigung der Gefangenen, nach dem irischen Systeme, bei öffentlichen Arbeiten beantwortet, besonders beim Landbau; der Reg.-Commissar erklärte jedoch, die Regierung werde bei ihrem bisherigen Systeme verharren, und der Antrag wurde abgelehnt. In der Sitzung des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages vom 11. bis 18. October 1877 wurde der Beschluss gefaßt, an die Handelskammern eine Anfrage zu richten über den Einfluß der Gefangenarbeit in ihrer Rückwirkung auf die gewerbliche und industrielle Privatarbeit. Der Minister Friedenthal hat daran auf den Vorsitzenden einen Schreiben gerichtet, in welchem er sich bereit erklärt, die eingehende Enquête über den Einfluß der Gefangenarbeit in den Strafanstalten auf die freien Gewerbe nach Möglichkeit zu fördern. Er habe darum die Gründungsdirektoren anweisen lassen, den Handelskammern die gewünschte Auskunft über Art und Umfang der Gefangenarbeit zu ertheilen. Unter Betonung der großen Wichtigkeit, welche der Gegenstand für sein Rehport habe, äußerte der Minister den Wunsch, sich und bei Feststellung der aus den angestellten Kommissionen zu gewinnenden Resultate zu beteiligen, und giebt anheim, ihn von dem Abschluß der Vorarbeiten zu berichtigthen, um einen seiner Beamten mit der Thizilnahme an den Verhandlungen zu beauftragen. Ich bin der Meinung, daß eine solche Untersuchung wesentlich Sache des Reiches ist, das allein der Aufgabe gerecht werden kann. Ich könnte mich nach dem Angeführten einer näheren Prüfung des preußischen Systems enthalten, das ohne Zweifel gute Vorschriften enthält; es fragt sich nur, ob derselben stets zur richtigen Anwendung gelangen. Die preußische Gefangenistatistik gibt darüber nicht genügend Aufschluß. Das Abgeordnetenkabinett habe schon 1869 den Beschluß der Regierung die öffentliche Ausbildung der Arbeitskräfte der Gefangenen zu empfehlen, um eine Steigerung der Lohnsätze herabzuführen und die nachtheilige Concurrenz für die freien Arbeiten zu beschränken. Aber erst 1873 erging das endgültige Rechscript des Ministers. Ein vorhergehendes Rechscript bezeichnete das Kopfgeld für den Tag der Beschäftigung in Verbindung mit Brämen, welche der Arbeitgeber nach seinem Belieben den Gefangenen bewilligte. Die Arbeiten sollen von den Unternehmern entweder nach der Stückzahl oder nach dem Leistungspensum mit bestimmtem Lohnsatz vergütet werden. Dadurch wird immerhin eine gewisse Willkür offen gelassen. Die Beschwerden richten sich nur gegen die zu niedrigen Lohnsätze. Es läßt sich darüber nach e nem allgemeinen Durchschnitt nicht urtheilen, auch nicht nach den Angaben, welche die Statistik über die höchsten und niedrigsten Lohnsätze enthält. Es müßte über jeden Geschäftszweig eine vollständige Rechnung aufgestellt werden, um zu ermessen, ob die Arbeit zu billig geliefert wird. Die Beschwerden gehen ferner gegen die fabrikmäßige Arbeit, gegen die der kleine Gewerbetreibende nicht bestehen kann. Hier kann es sich allerdings fragen, ob mehr das steckende Kapital oder die Handarbeit den Factor der Concurrenz bildet. Gegen die fabrikmäßige Arbeit und für den kleinen handwerksmäßigen Betrieb erklären sich auch die Dingen, die den Zweck der sittlichen Besserung des Gefangenen und seine Befähigung zu ehrlichen Broderwerben nach überstandener Strafe im Auge haben. Indessen in großen Gefangenissen wird die Auschließung der größeren Werkstätten nicht möglich sein. Die Lage reicht sich auch gegen Verfestigung von schlechten Arbeiten, die den Markt verderben und gute Arbeit verdrängen. Hier fragt es sich wieder, ob nur geringere Artikel, aber preiswürdig geliefert werden, oder ob mit Bruchwaren concurriert wird, die allerdings ausgepflockt sein sollten. Unser Antrag geht auf die Untersuchung dieser Beschwerden, so weit sie substantiell sind, unter Buzierung der Beschwerdeführer. Wir fordern die Untersuchung im Interesse des freien Gewerbebetriebs, aber auch im Interesse der Gefangenen, weil die Art ihrer Beschäftigung mit dem System des Strafvollzugs steht.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Im Jahre 1869 sind Untersuchungen über den Einfluß der Gefangenarbeit angefertigt und deren Resultat dem Reichstage mitgetheilt worden. Ferner sind den übrigen Regierungen die in preußischen Gefangenissen bestehenden Vorschriften mitgetheilt worden, um sie ihrerseits einzuführen. Vollkommen richtig ist der Grundgedanke, daß durch die Untersuchung den unbegründeten Klagen entgegengetreten und der begründeten Beschwerden viel zu leicht. Denn wenn man die Arbeit in den

Gefangenissen nicht gänzlich abschaffen oder ihres pecuniären Werthes verlieren will, so wird es kaum möglich sein, eine Concurrenz mit dem freien Gewerbe zu vermeiden; es kommt hauptsächlich darauf an, den Nachteil dieser Concurrenz auf das geringste Maß zu beschränken. Wie das geschehen muss, hängt von örtlichen und zeitlich wechselnden Verhältnissen und von der Art der Arbeitsweise ab. Mein Bedenken gegen den Antrag liegt darin, daß bereits eine Untersuchung von Seiten der preußischen Regierung eingeleitet ist, und zwar auf Veranlassung des deutschen Handelstages; es könnte also eine Enquête des Reiches mit den Preußen in Widerstreit gerathen, was doch der Antragsteller kaum veranlassen will. Die vom Handelstage lange gestellte Enquête hat den Vortheil, daß sie von Sachverständigen geleitet wird. Ich weiß nicht, ob der deutsche Handelstag schon mit den anderen deutschen Regierungen in Verbindung getreten ist; sollte dies noch nicht geschehen sein, so würde es ja leicht sein, daß die anderen Regierungen dem Beispiel Preußens folgen. Ich möchte Sie bitten, den Antrag nicht so zu fassen, daß er der von Preußen eingeleiteten Untersuchung in den Weg tritt.

Abg. Fritzsche: Auf Antrag des Abg. v. Hoverbeck hat der Reichstag seiner Zeit beschlossen, die deutschen Regierungen aufzufordern, die für die preußischen Strafanstalten geltenden Arbeitsbestimmungen zu adoptiren, die nicht nur äußerst mangelhaft sind, sondern auch in Preußen selbst nicht eingehalten werden. Seit 1869 hat es den Lebendständen nicht etwa durch möglichste Strafarbeitsbeschränkung Eindringen gelassen, sondern viel mehr überall da, wo früher noch keine industrielle Strafarbeit bestand, dieselbe eingeführt. Dies geschieht sogar jetzt noch, wo Tausende von Arbeitern brodeln. In Polen z. B. läuft der Strafanstalt-Director augenblicklich 50—60 Gefangene im Cigarrenunterricht, welche nur den freien Arbeitern in Polen konkurrieren machen und unlängst los man, daß das Rokhaarzur von den Strafanstaltarbeitern um 20 Proc. billiger ausgeführt werde, als von den freien. Gegen die industrielle Thätigkeit in den Strafanstalten sprechen nicht nur ökonomische, sondern auch sittliche Motive. Wenn z. B. 100 Gefangene sich gemeinschaftlich mit der geräuschlosen Cigarrenfabrikation befaßten, so wird die dabei geführte Unterhaltung nicht vortheilhaft auf den Einzelnen wirken können. Werden sie Leute dann entlassen und wieder in einer Fabrik beschäftigt, so wird ihr Umgang und Beispiel für die freien Arbeiter, namentlich für die arbeitenden Kinder und jungen Mädchen unschädlich wirken. Außerdem ist zu beachten, daß es in Preußen zwei Millionen Landarbeiter gibt und daß in den Strafanstalten in der Regel nur 25 Personen mit ländlichen Arbeiten beschäftigt werden. Die Mehrzahl der sich aus dem ländlichen Arbeitstande rekrutirenden Gefangenen wird in Folge dessen zu industriellen Arbeiten verwendet, die sie im Gefangen ist nicht ungenügend erlernen. Werden sie später entlassen, dann werden sich diese Leute nicht ihrer früheren Beschäftigung zuwenden geben in die großen Städte und finden sie keine Arbeit, so vermehren sie die Zahl der Bagabonden, denn ihrer früheren ländlichen Arbeit sind sie meist entwöhnt. Bei den Strafanstalten würde das Decentralisationsprinzip am Platze sein, damit der Anstaltsdirector den Charakter des Einzelnen kennen lernen kann. Wir benennen diese Frage nicht als Agitationsmittel, sondern geben nur den Wünschen Ausdruck, die von Personen anderer Parteien an uns gerichtet werden. Zu dem Antrag Bürgers stelle ich folgendes Amendumment: "Die mit Rücksicht auf die Benachteiligung des freien Gewerbebetriebes durch die gewerbliche Gefangenarbeit erhobenen Beschwerden zur Grundlage für die im Strafvollzugsgesetz anstehende Frage über die Art und Weise der Beschäftigung der Gefangenen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen". Dieser Antrag ist nicht für besser, heute lediglich den Antrag Bürgers anzunehmen.

Abg. Gensel (Secretary der Handelskammer in Leipzig): Die Anträge der Leipziger Handelskammer, welche hier der Abg. Fritzsche aufgenommen hat, gründen sich auf die Enquête über die Gefangenarbeit in Sachsen. Die Anträge sind aber von solcher Tragweite, daß wir uns nicht sofort darüber entscheiden können. Ich halte es zur Förderung der Angelegenheit für wichtig, die gemeinsame Arbeit zu den Gefangen, nicht aber die industrielle Beschäftigung des einzelnen Gefangenen.

Abg. Majunka: Der Antrag Fritzsches bietet wohl erwähnenswerte Punkte und dieselben sind nach meinen Erfahrungen vielfach die Momente, welche die Verbreitung des Socialismus begünstigen. Wenn ich trotzdem heute nicht für den Antrag stimme, so geschah das deshalb, weil ich die Frage heute nicht reif zur Entscheidung halte. Erst wenn die statistischen Erhebungen uns vorliegen, werden wir uns über diese Fragen entscheiden können.

Abg. Hirsch: Das sittliche Moment der Arbeit muss den Gefangenanstalten erhalten bleiben, aber die Frage ist, welches die wirtschaftlich vortheilhafteste Art der selben ist. Es ist doch der Erwagung wert, wenn sich alljährlich eine große Menge freier Arbeiter über Beeinträchtigung durch eine unberechtigte Concurrenz des Staates beklagt. Es ist der Beachtung wert, wenn in einer Petition der Berggoldbergs die Thatache beigegeben wird, daß von 1200 Berggoldern in Deutschland 400 Gefangene sind. Die Arbeitslöhnne der Gefangenarbeit sind unverhältnismäßig billig, wie die Annonsen der Unternehmer es ergeben und das Bindungssystem ein demoralisierendes, welches ein bitteres Gefühl in den freien Arbeitern hervorruft, das in solcher Zeit eine derartige Concurrenz ihnen von Seiten des Staates gemacht wird. Unsere Gefangenen könnten recht wohl bei Canalbauten u. s. w. beschäftigt werden. Der Antrag Fritzsche ist nur eine Wiederholung des anfänglichen Antrages mit der Angabe bestimmter Gesichtspunkte. Nehmen Sie unser Antrag an, damit wir über diese Fragen eine Statistik bekommen, welche die Wahrheit sucht und die Wahrheit findet.

Der Antrag Bürgers wird angenommen und der Antrag Fritzsche abgelehnt.

Beratung über die Allgemeinen Rechnungen für das Jahr 1873. — Abg. Richter (Hagen): Die Rechnungen, welche hier der Abg. Fritzsche aufgenommen hat, enthalten eine Lücke; es fehlt nämlich das Conto über die Verpflegungsgelder der Occupationsarmee. Die Rechnungscommission hat ihr Monitum schon einmal gezogen, die Regierung bemerkte aber, die Rechnungen seien noch nicht abgeschlossen. Aus den Zeitungen verlautet nun, daß die Rechnungen zum Abschluß gekommen seien, und daß sogar 13 Mill. M. an die Staaten des Norddeutschen Bundes gezahlt worden sind. Es soll auch dem Bundesrat ein Gesetz-Entwurf über die Verwendung der aus dem Verpflegungsfonds gemachten Ersparnisse von 28 Mill. M. zugegangen sein. Um so mehr muß es befremden, daß bei der Wiedervorlage der Rechnungen von 1873 die Nachweisung über diesen Fonds nicht mit vorgelegt ist. Dadurch wird der Dechaze ein erhebliches Hinderniß bereitet, denn das Jahr 1873 ist das letzte der Occupation. Über die wunderlichen Verwendungsvorschläge werden wir später sprechen, es macht aber einen eigenartlichen Eindruck, daß der Reichstag jahrelang über solche sich auf Millionen belaufende Fonds in Unkenntnis gehalten werden könnte. Schon vor Jahren hat man mehrere Mill. M. durch die Firma Bleichröder in Effecten anlegen lassen, aber niemals ist dem Reichstage davon irgend eine Ziffer mitgetheilt worden. Auch der Präsident des Rechnungsbüros hat keine Veranlassung genommen, dem Reichstag irgend eine Notiz zugeben zu lassen. Das wirkt auf unsere Rechnungscontrole ein eigenartliches Licht. Ich mache übrigens auf die eigenartliche Füllung aufmerksam, daß der Bundesrat an dem Tage, wo er zwei neue Steuern annahm, amtlich davon den Fonds erwartet worden seien. — Reichskanzleramtspräsident Hofmann: In tatsächlicher Beziehung kann ich nur bestätigen, daß ein Gesetzentwurf über die Ersparnisse aus dem Verpflegungsfonds der Occupationsarmee dem Bundesrat vorliegt und auch bald dem Reichstage vorliegen wird; das wird eine passende Gelegenheit sein, über die Natur dieses Fonds und die Gründe, weshalb bis jetzt keine Rechnung über denselben gelegt worden ist, Aufsicht zu geben. Ich denke, die Rechnungen werden der Oberrechnungskammer schon zugegangen sein. — Auf den Antrag

des Abg. Ritter verweist das Haus darauf die Vorlage an die Rechnungskommission.

Ohne Debatte wird der Gesetzentwurf, betreffend die Einführung und Praktikation der von dem normalen Norddeutschen Bund ausgegebenen Darlehnskassenscheine in erster und zweiter Verabsiedlung erledigt.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet ein Gesetzentwurf, betreffend das dem Reich gehörige in der Böschstraße in Berlin gelegene Grundstück. Durch das Gesetz vom 23. Mai 1877 war der Reichskanzler ermächtigt worden, das Döckersehe Grundstück und das in der Böschstraße 4 und 5 belegene Grundstück anzuladen. Da der Reichstag das Döckersehe Grundstück für das Parlamentsgebäude in Aussicht nahm, so fügte man nachträglich in das Gesetz den Satz ein, daß die Bestimmung über den Zweck, dem die Grundstücke dauernd dienen sollen, bis zur Entscheidung über die Baustelle des Parlamentsgebäudes vorbehalten bleiben solle. Durch diesen Wortlaut wird aber nicht allein das Döckersehe, sondern auch das Grundstück in der Böschstraße festgelegt. Die heutige Vorlage hat nun den Zweck dieselbe — wie die Motive behaupten — ursprünglich gar nicht beabsichtigte Ausdehnung der Beschränkung wieder aufzuheben. — Abg. Reichensperger (Crefeld) bestreitet, daß es nicht die Absicht des Hauses gewesen sei, die Beschränkung auch auf das Grundstück der Böschstraße auszudehnen. Er selbst habe in der damaligen Debatte ausdrücklich hervorgehoben, daß man die Disposition über beide Grundstücke vorbehalten möge, um einen „Drücker“ in der Hand zu haben, durch den man die Reichsregierung zu einer Beleidigung der Parlamentsbaufrage nötigen könne. Er bitte das Haus, in Consequenz seines früheren Beschlusses die Vorlage abzulehnen. Dieselbe beweise am besten, daß die Regierung sich durch jenen Beschluss genützt fühle und diese Situation möge man benutzen, um die Regierung zu veranlassen, endlich den wiederholten ausgesprochenen Wünschen des Hauses gerecht zu werden. — Präsident Hofmann: Die damalige Anerkennung des Vorredners, auf die er hente Bezug genommen, sei ihm wohl bekannt gewesen; diese Absicht war nicht im Sinne der Majorität des Hauses, sondern als spezielle Absicht des Vorredners gedacht worden. Wenn der letztere glaubt, durch Verwerfung der Vorlage eine Beleidigung der Lösung der Parlamentsbaufrage zu erzielen, so irre er sich. Die Schwierigkeiten, die dieser Lösung entgegenstehen, seien derartig, daß sie durch den Druck, welchen die Beschränkung der Disposition über das Grundstück in der Böschstraße ausübe, sicher nicht gebrochen werden könnten. — Abg. Reichensperger (Crefeld) ist überzeugt, daß seine frühere Anerkennung über die Bedeutung des gesuchten Beschlusses allerdings im Sinne der Majorität abgegeben sei. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so würde man gewiß von anderer Seite gegen seine Auffassung protestieren. — Die Vorlage wird hierauf mit geringer Majorität angenommen.

Danzig, 15. Februar.

Das Urtheil, welches man sich bisher auf Grund der dem Bundesrathe gemachten Vorlage über das Project einer höheren Besteuerung des Tabaks bilden mußte, erfährt durch die nunmehr im Reichstage zur Vertheilung gelangte Vorlage keine Aenderung. Hinsichtlich des lange erwarteten Steuerreformplans steht man sich durch dieselbe ebenso enttäuscht wie durch die ursprüngliche Vorlage. Wörtlich übereinstimmend mit den Motiven der letzteren heißt es in dem Reichstagsentwurf: „Gegenüber dieser von Jahr zu Jahr schwieriger werdenden Lage erscheint es geboten, die Aufgabe der Finanzpolitik des Reichs dahinzustellen, daß durch Vermehrung der eigenen Einnahmen desselben aus den ihm zur Verfügung stehenden Verbrauchssteuern nicht nur sein gegenwärtiger Mehrbedarf gedeckt, sondern auch eine Entwicklung eingeleitet werde, welche eine Entlastung der Budgets der Einzelstaaten auf die Dauer herbeiführt, so daß es den letzteren dadurch ermöglicht wird, drückende Steuern zu befechten bezw. zu ermäßigen, oder, wenn sie dies für angezeigt halten, einzelne dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ganz oder theilweise zu überlassen.“ Man kann sagen, daß hiermit einer rationalen Steuerreform die Bahn geöffnet werde. Aber wo sind die Garantien für die wirkliche Durchführung der in Aussicht genommenen „Entwicklung“? Die dauernde Entlastung der Budgets der Einzelstaaten soll herbeigeführt werden durch eine bedeutende Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs. Die Quelle dieser Vermehrung kann nach der ganz überwiegenden öffentlichen Meinung nur auf dem Gebiete der Verbrauchssteuern gesucht werden. Welches aber sind die geeigneten Objekte? Was den Verbrauch von Gegenständen der inländischen Produktion und Fabrikation anlangt, so wird an eine erneute Belastung allgemein nothwendiger Lebensmittel wohl auf keiner Seite gedacht. Wie wenig aber von Luxussteuern zu erwarten wäre, darüber täuscht sich Niemand. Der Kreis der Objekte, welche unter den Reichsstempel gebracht werden können, dürfte sich auch nicht wesentlich über Das hinaus, was der gegenwärtig dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf vorschlägt, erweitern lassen. Größer ist die Möglichkeit, höhere Einnahmen zu erzielen, auf dem Gebiete der Bölle. Aber der wirklich einträglichen Bölle ist immerhin eine kleine Zahl, und jede beträchtliche Erhöhung ist meistens nicht allein mit wirtschafts- und sozialpolitischen, sondern auch mit finanzpolitischen Bedenken verknüpft. Der Tabak fast allein von allen im Inlande erzeugten sowohl wie vom Auslande importirten Artikeln erfüllt alle theoretischen Bedingungen für eine wirklich bedeutende Verbrauchssteuer; und wieviel die Staatskasse praktisch aus ihm zu ziehen vermag, beweist das Beispiel der übrigen Großstaaten. Demgemäß bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Tabak der Bahnbrecher unserer Steuerreform werden muß. Kann er dies aber auf dem jetzt vorgelegten Wege werden? Wir sagen: Nein! Mit dieser Erhöhung der Tabaksteuer in Verbindung mit den sonst noch vorgeschlagenen kleinen Steuern würden die Matricularbeiträge genau auf ihren Betrag von 1876 reducirt werden. In der Haupthälfte wäre also gar nichts geholfen. Das aber liegt auf der Hand und wird auch in den Motiven indirect zugestanden, daß auf Grund des in der Vorlage acceptirten Modus eine weitere beträchtliche Steigerung der Einnahme aus der Tabaksteuer nicht zu erwarten ist, sondern daß es zu diesem Zwecke des Übergangs zu einem ganz andern System bedürfen würde. Es ist klar, daß in der Vorlage für die in den Motiven ange deutete „Entwicklung“ nicht einmal der Ausgangspunkt gewonnen wäre, daß dieselbe somit geradezu die prinzipielle Vorbedingung ihrer Annahme unerfüllt läßt.

Die britische Regierung hat bekanntlich eine Bill eingebracht, welche die Bedingungen für die Bieheinführung verhängt. Diese Bill hat schon bei ihrer Inaussichtnahme namentlich in Schleswig-Holstein, wo man eine starke Viehauflage nach London und Hull betreibt, große Besorgnisse erregt. Man hat sich dort zu vielfachen Petitionen an die Behörden in Berlin veranlaßt gefunden. „Diese werden indessen“ — wie uns offiziös geschrieben wird — „vor Alem abwarten müssen, in welcher Weise die in Rede stehende Bill wirkliche Veränderungen der Bedingungen der Bieheinführung in England enthalte. Erst dann werden sich tatsächliche Schritte thun lassen, um die etwaigen Nachtheile dieser Veränderungen für die Importeure weniger fühlbar zu machen.“ Inzwischen werden in Schleswig-Holstein allerlei Pläne entworfen, wie den Nachtheilen der erwähnten Bill ausgewichen werden könnte. Man hat z. B. vorgeschlagen, wie dies neulich in einer Buschchrift an die „Danziger Zeitung“ geschah, das Vieh, das man bis jetzt lebend importierte, geschlachtet auf den englischen Markt zu bringen.

Gestern Nachmittags wurde plötzlich durch ein Telegramm in Berlin bekannt, daß Fürst Bismarck in den Morgen von Danzig abgegangen Zug der Stettiner Bahn eingestiegen und Abends in seiner Hauptstadt zu erwarten sei. Man hatte diesmal besonders schmerlich auf den Leiter unserer Politik gewartet. Der Reichstag wollte sich auf wichtige politische und finanzielle Debatten nicht früher einlassen, bis der Reichskanzler anwesend sein würde. Die Verhandlungen des Reichstages nahmen daher einen langsameren Gang an, als man sonst nach der rechtzeitigen Vorlage des gesammten Etats erwarten konnte. Die „Post. Btg.“ erlaubte sich bereits die Bemerkung, daß anderswo die Staatsmänner während krisischer Situationen zu dem Sitz der Regierung zurückkehrten, während bei uns das Umgekehrte geschehe. Wie sehr auch die nach rechts gehenden Fraktionen den Fürsten Bismarck erachteten, geht daraus hervor, daß sie den in Varzin befundeten Abg. Lucius nach Pommern sandten, der denn auch den Kanzler gestern glücklich nach Berlin bugsiert hat.

Offiziös wird uns heute geschrieben, daß die Rückkehr des Fürsten keineswegs eine acute Verschlimmerung der auswärtigen Verhältnisse bedeute. Freilich in Petersburg rief man ebenso nach dem Reichskanzler, wie im Reichstage. Ein offiziöses Petersburger Telegramm von gestern früh sagt:

„Die russischen Blätter erinnern an die Worte des Fürsten Bismarck vom vorigen Jahre, daß Deutschland bei der Krisis im Orient für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens wirken werde. Die Blätter legen hinzu, die Rolle eines Schiedsrichters käme Deutschland um so mehr zu, als es durch sein militärisches Übergewicht und dadurch, daß es an der orientalischen Frage nicht interessiert sei, die einzige Macht sei, welche diese Rolle wirksam durchführen könne, indem es sich gegen denjenigen entschiede, der jetzt den ersten Kanonenenschuß abgegeben würde.“

Daraus ergiebt sich, von welcher Wichtigkeit die Stellung Deutschlands gegenüber der Weltlage ist. In den Berliner maßgebenden Kreisen ist man mit der Haltung Russlands in letzter Zeit nicht so ganz einverstanden. Die Stimmung dieser Kreise wird nicht durch die Auslösungen der jetzt nur russisch-offiziösen „Nord. Allg. Btg.“, sondern weit eher durch die „Nat.-Btg.“ und die „Post“ widergespiegelt. Die „Nat.-Btg.“ antwortet heute auf obiges Telegramm:

„Es ist nicht gerade gewöhnlich, daß „die russischen Blätter“ insgesamt auf einen Morgen sich einer Rede des Fürsten Bismarck, statt einer Rede des Kaiser Alexander oder einer Depeche des Fürsten Gortschakoff erinnern. Was aber auch die bemerkenswerthe Übereinstimmung in diesem Falle erklären mag, jedenfalls sollte man in Petersburg dem Fürsten Bismarck nicht gerade aufrufen, daß er Schuß oder nicht Schuß an einer Störung des allgemeinen Friedens allein nach der äußerlichen und oft zufälligen Thatsache des ersten Kanonenbeschusses bestrafen werde. Wenn man aber an die deutsche Regierung den Anspruch erhebt, daß sie für Russland genau in der Situation, welche seine letzten Schritte und Fortbewegungen haben, einsteht und ihm die Decimation von Deutschlands „militärischem Übergewicht“ vor den „ersten Kanonenbeschuss“ irgend welcher anderen Macht halte, so ist die Frage gestattet, was man denn in Petersburg während dieser inhaltsschwachen Wochen gethan hat, um sich des Einverständnisses der deutschen Regierung gewiß zu halten? Ob man überhaupt nur in Berlin Mithörung gemacht hat von den Forderungen und Bedingungen politischer und militärischer Art, welche den für die Öffentlichkeit noch immer in nebligen Umrissen verschwimmenden Inhalt der Stipulation vom 31. Januar bilde? Wenn wir uns nur an die Reihefolge erinnern, in welcher die einzelnen versprengten Mitteilungen hier oder dort zuerst auftauchten, muß es uns scheinen, daß man in London und Wien allemal eher unterrichtet war als in den hiesigen sonst gut unterrichteten Kreisen. Welchen Grund man aber in Petersburg zu der Annahme hat, auf die freundliche Intervention Deutschlands in selbstgeschaffenen Schwierigkeiten einen Blanko wechsel zu besitzen, kann wir uns aus keiner Rede des Fürsten Bismarck erinnern.“

Unsere strict-offiziösen Stellen müssen sich natürlich eine andere Sprache auferlegen. Von dieser Seite schreibt man uns von gestern Abend: „Man darf annehmen, daß das Einvernehmen der drei Kaiserhöfe von seiner Intimität und seinem gegen seitigen Vertrauen nichts verloren hat. Man darf daraus schließen, daß die anscheinend drohende Situation sich bald wieder klären werde. Wenn heute die Rückkehr des Reichskanzlers erfolgt ist, so wird die Einbringung der Interpellation in Bezug auf die auswärtige Lage nicht lange auf sich warten lassen; aber wenn auch die Verlesung der Interpellation baldigst erfolgen dürfte, so ist damit doch nicht gesagt, daß auch die Beantwortung derselben sofort erfolgen werde. Der Regierung steht den an sie gestellten Interpellationen gegenüber das Recht zu, zu bestimmen, ob sie überhaupt auf dieselben antworten will, und wenn sie dies will, den geeigneten Tag dazu nach eigenem Ermessen festzustellen. Die Beantwortung der Interpellation ist jedenfalls nicht eher zu erwarten, als bis die entsprechende Klärung der Situation eingetreten ist. Da dies wohl nicht schon in den nächsten Tagen der Fall sein wird, so dürfte an eine sofortige Beantwortung der Interpellation nicht zu denken sein.“ Wie man sieht, stehen der Anfang und das Ende dieser offiziösen Ausschließung im Widerspruch mit einander, und daraus müssen wir schließen, daß

man ebensowenig in Berlin wie irgendwo anders weiß, ob die Situation sich bald klären wird oder nicht.

Lebriegen glauben wir an den Ausbruch eines russisch-englischen Krieges nicht, weil beide Theile — so viel Spectakel sie auch machen — sich doch vor einander fürchten. Die Russen schreien um Hilfe zu Bismarck, und die Engländer sind nur darauf bedacht, mit einem Anstand aus der Klemme herauszukommen, in die sie durch ihre eigene unaufrichtige Politik gerathen sind. Gern hätten sie in letzter Zeit die Sendung ihrer Schiffe durch die Dardanellen unterlassen; aber sie konnten nicht mehr zurück, nachdem die Minister die kühne That in offenem Parlamente angekündigt, als sie glaubten, diese berge keine Gefahren in sich. Daß die Türkei auch nur formell protestieren könnte, daran hatten sie bei der langjährigen Unterlüftigkeit der Bosphore gegen England nicht gedacht. Großer Schrecken, als die englischen Schiffe in die Meerenge fahren und der Befehls hab der Schlosser wider spricht. Die englische Flotte lehrte zum zweiten Male in die Pestabat zurück. In jenem Augenblick war der englisch-russische Krieg wahrscheinlicher, als je vorher; die englischen Minister mußten ihr Wort einlösen, hätte Russland in seinen türkischen Häfenmann gebunden, die englischen Schiffe mit materiellen Mitteln zurückzuweisen, so müßte England den Durchgang durch die Meerenge erzwingen. Aber Russland wollte England um so weniger zum Aufruhr treiben, da der englische Vorwand, die Beschädigung der Christen, Russland ja den prächtigsten Grund bot, die ersehnte Besezung von Konstantinopel zu bewerkstelligen. Um Russland diesen Vorwand zu nehmen, läßt England seine Schiffe nicht in den Bosporus einlaufen, sondern nach den obigen, eben einlaufenden Londoner Telegrammen vor den im Marmarameer liegenden Prinzeninseln ankern. (Die größte dieser Inseln, Prinzipal, ist etwa drei Meilen, die nordwestlichste, Broti, nur zwei Meilen von Stambul entfernt.) Vielleicht werden die Russen nun auch nicht das eigentliche Stambul, sondern die Franken- und Griechenviertel Pera und Galata befehlen.

Der „Frankf. Btg.“ wird aus Wien, übereinstimmend mit der Nachricht des Pariser Temps, berichtet, daß Russland als Conferenzort Baden-Baden vorschlage, und die Berliner Regierung diesen Vorschlag unterstützen. Die „Augsb. Allg. Btg.“ kann aus zuverlässiger Quelle bestätigen, daß die Nachricht eine wohlgegründete ist. Fürst Gortschakoff hat eine Vorliebe für Baden-Baden, wofür er schon wiederholt einen längeren Aufenthalt genommen hat. Baden-Baden wäre auch in mehr als einer Hinsicht zum Conferenzort vorzüglich geeignet. Daß von Seiten der hiesigen Behörden — so schreibt man dem Blatte aus Baden-Baden — Alles gethan werden würde, um Baden-Baden dieser Auszeichnung würdig zu machen, ist von competenter Seite bereits an maßgebender Stelle ausgesprochen worden.

Deutschland.

△ Berlin, 14. Febr. Die Ankunft des Fürsten Bismarck erfolgt heute Abend 6 Uhr. Der ihm nahestehende Abg. Dr. Lucius (Erfurt) war in den letzten Tagen in Varzin und wird wohl gleichzeitig mit dem Reichskanzler hier eintragen. Es ist nicht unmöglich, daß Fürst Bismarck schon in der übermorgenden Sitzung des Reichstages erscheint. — Ursprünglich lag es in der Absicht des Präsidiums des Reichstages, vor Erledigung der Interpellation über die Orientfrage nicht in die Beratung der wichtigsten Vorlagen und namentlich des Etats einzutreten. Es haben sich indessen die Fraktionen dagegen eingesetzt, daß es wünschenswert sei, sobald wie möglich sich über die geschäftliche Behandlung des Etats zu verständigen. Es ist deshalb die erste Lesung des letzteren auf übermorgen anberaumt worden, während man über die Steuergesetze sich erst von Dienstag ab, also nach Beantwortung der Interpellation, welche auf diesen Tag festgesetzt ist, aussprechen will. — Es erhält sich die Annahme, daß Fürst Bismarck sich alsbald auch an den Vorberatungen über die Stellvertretungsvorlage beteiligen werde. Der Fürst bezieht übrigens zunächst noch seine alte Dienstwohnung, da die neue im ehemals Radziwill'schen Palais in den inneren Einrichtungen noch immer nicht vollendet ist.

* Dem dritten Sohne des Kronprinzen, dem Prinzen Walderode, ist bei der Vollendung seines zehnten Lebensjahrs (am 10. Februar) der Schwarze Adlerorden vom Kaiser verliehen worden.

* Ueber deutsch-russische Handels- und

Verkehrsbeziehungen schreibt man der „Nat.-Btg.“ von der preußischen Ostseeflotte: Die An-

kommen deutscher Specialbevollmächtigter in Peters-

burg zu Unterhandlungen über Milderung der

männigfachen Erfahrungen, unter welchen der

wirthschaftliche Verkehr Deutschlands mit Russ-

land leidet, hat bei der russischen Schutzpolizei

einen Schrei der Entrüstung hervorgerufen. Un-

nötige Greiferei! Die Höhe der russischen

Böllsäge, so unverhältnismäßig sie zum Theil sein

mag, wird für jetzt von den deutschen Unter-

händlern kaum durchgeführt werden. Erleichterungen

des Zoll-Abfertigungsverfahrens, welches von der Höhe der Tariffazisse wesentlich unabhängig

ist, werden vorerst wohl allein in's Auge gesetzt

werden. Diese Beschränkung des Feldes der ein-

geleiteten Unterhandlungen ist unter den augen-

bildlichen Verhältnissen kaum zu beklagen. Wie

könnten deutsche Unterhändler von der russischen

Regierung freiändlerische Tarifreformen ver-

langen, so lange überlalte Stimmen fast in

ganz Europa die Umkehr von dieser Richtung

fordern? So lange Österreich sich bemüht, um

den Preis hoher Finanzzölle von Ungarn die Ein-

willigung in Erhöhung seiner Schatzzölle zu

erlangen? So lange selbst im Deutschen Reiche

über den Charakter der künftigen Handelspolitik

bange Zweifel herrschen? In solcher Lage haben

wir wenig Aussicht, für unsere bisherige Zoll-

Politik in Russland Propaganda zu machen.

Die Vermeidung dieses Gebietes haben

wir daher vorläufig kaum zu beklagen. — Sehr zu

bedauern wäre es aber, wenn auch nach einer

anderen Seite hin die eingeleiteten Unterhandlungen

einer gleichen Ausschließung unterliegen und

lediglich auf Erleichterung und Beschleunigung der

zollamtlichen Behandlung beschränkt werden sollten.

Auch im Eisenbahnverkehr zwischen Russland und Deutschland herrschen Unstände, die ohne die mindeste Anstrengung des russischen Schutzsystems beseitigt werden können. Auch hierüber sollten gleichzeitig mit den bereits eingeleiteten zolltechnischen Unterhandlungen, wenn auch vielleicht nicht an gleicher Stelle und durch die gleichen Personen, so doch unter gleicher Directive der höchsten deutschen Centralbehörden, Verständigungen mit Russland versucht werden. Im Eisenbahn-Verband-Verkehr zwischen Deutschland und Russland ist seit dem 1. April 1875 eine Lederung eingetreten, welche Anfangs wenig beachtet, allmählig, namentlich für die Russen nächst benachbarten preußischen Küstenstriche schwere Nachtheile herbeigeführt hat. Bis zu diesem Termine berechneten und erhoben die russischen Eisenbahnen die Frachten für ihre Strecken sowohl im Verkehr unter einander und mit ihren russischen Häfen, wie im Verkehr mit deutschen Bahnen und deutschen Hafenplätzen nach Papierwerken. Mit dem genannten Tage trat ein neuer Eisenbahnverband-Tarif in Kraft, nach welchem im Verkehr mit Deutschland die Frachten auch für die russischen Strecken nach Reichsmark normirt werden, während abgesehen hiervon die russischen Bahnen natürlich den Papierwerken beibehielten. Derselbe hatte, als über diese Aenderung unterhandelt wurde, einen Courserwerb von 280—283 Markpfennigen, und es wurde bei Normirung der Markfrachten ange nommen, daß er wohl auch bis 270 sinken könne. Es sank aber bis auf 250, 220, während des Krieges zeitweise bis auf 191 und ist erst neuerdings nur vorübergehend wieder auf 225 gestiegen, immer also noch weit von 270 und 280 entfernt geblieben. Das heißt: die Eisenbahn-Frachten im Verkehr Russlands mit seinen eigenen Häfen gingen in den obigen Verhältnissen herunter, wurden aber in seinem Verkehr mit den benachbarten deutschen Häfen durch die Markwährung auf dem einmal normirten höheren Standpunkte festgehalten. Je näher diese Plätze der russischen Grenze liegen, je entschiedener sie auf Erhaltung ihrer Concurrerenzfähigkeit mit den benachbarten russischen Häfen angewiesen sind, desto nachtheiliger mußte ihnen die seit 1875 eingeführte Frachtnormirung auf den russischen Bahnen werden. Im Eisenbahnverkehr sind viel geringere Frachtunterschiede ausreichend, den Verkehr von einer Route auf eine andere hinüberzuleiten. Die östlichen Küstengegenden Preußens würden also den Verkehr mit Russland, auf welchen sie, je weiter nach Osten, desto wesentlicher angewiesen sind, zum Theil fast ganz verloren haben, wenn nicht der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges

Bahlungsbedingungen etc. der Centralstelle zu machen. Letztere, der Frankfurter Verein zur Reform der deutschen Zahlungswweise, bildet vorläufig den Mittelpunkt der Agitation.

Holland.

Rotterdam, 12. Februar. Die in Aussicht genommene deutsche Steuererhöhung auf Tabak hat auf einen Zweig des holländischen Handels einen recht günstigen Einfluss geübt. Wie aus Wageningen und anderen Orten gemeldet wird, sind von dort aus ganz außergewöhnlich große Partien Tabak in den letzten Tagen nach Deutschland verladen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Febr. Abgeordnetenhaus. Zolldebatte. Der Handelsminister erklärt, es sei Pflicht der Regierung und der Volksvertretung, einen definitiven Zustand zu schaffen. Die gegen die Vorlage erhobenen Widersprüche ständen im Widerspruch zu einander, die Vorlage halte die goldene Mittelstraße ein und berücksichtige die reellen Verhältnisse. Der Minister constatierte, daß bei zahlreichen Industriezweigen ein Rückslag eingetreten und daß es daher nothwendig sei, Reformen zu schaffen. Dieselben könnten nicht bloss in Zollherabsetzungen bestehen, es müsse vielmehr eine allgemeine Correctur vorgenommen werden. Auch müßten die Stimmen Ungarns gehört werden, endlich sei Rücksicht auf das Ausland zu nehmen. Irrthümlich sei es von einem Tauschhandel mit Ungarn bezüglich Erhöhung der Finanzzölle für eine Erhöhung der Industriezölle zu reden. Oesterreich brauche die Finanzzölle eben so gut wie Ungarn. Der Tarif trage keineswegs einen so arg protectionistischen Charakter, wie man es ihm vorwerfe. Die Regierung habe an ihrem anfänglichen Programme, nämlich an der Aufhebung des englischen Nachtragsvertrages festgehalten, sie wünsche ferner die thunlichste Festsitzhaltung an dem Conventionaltarif und das Offenhalten der Möglichkeit, günstige Verträge abzuschließen zu können. Der Vertrag mit Deutschland sei gescheitert, weil Deutschland augenblicklich keine dringende Ursache gehabt habe, den Vertrag fertig zu stellen, während Oesterreich wegen des Ausgleichs an eine bestimmte Frist gebunden gewesen sei. Die Regierung habe den Vertrag gewollt, wolle ihn noch und hoffe auch auf sein Bestandekommen. Die Regierung habe die Schutzzollpartei nicht um den Preis des Tarifs für den Ausgleich gewinnen wollen, sondern vielmehr die Absicht gehabt, die Industrie zu kräftigen und zu fördern. Die Gegner des Tarifs möchten sich wohl überlegen, welche Consequenzen die Ablehnung derselben nach sich ziehen würde. Schließlich empfahl der Minister, auf die Spezialdebatte einzugehen. (Beifall.)

Schweiz.

Bern, 12. Februar. Der Ständerath hat nach langer Debatte beschlossen, in die Berathung des Nebelausgesetzes zur Zeit nicht einzutreten und dafür den Bundesrat zur Veranlassung sinnerer Vorsichtsmaßregeln im Vereine mit den Kantonen wie bisher zu ermächtigen.

Frankreich.

Paris, 13. Februar. Der Minister des Innern hat das für einige ausländische Zeitungen erlassene Verbot der Verbreitung in Frankreich aufgehoben.

Der Minister des Innern erläßt bei Gelegenheit der vielen Nachwahlen ein Rundschreiben an die Präfekten,

in welchem er ihnen verbietet, irgend welche Can-

didaten offiziell zu unterstützen. Das Schriftstück enthält folgende ausdrückliche Verurtheilung der offiziellen Candidatur: „Ichtheile nicht die Meinung, welche manchmal ausgesprochen wird, die

Meinung nämlich, daß eine Regierung das Recht

und die Pflicht habe, denjenigen Candidaten be-

merklich zu machen, den sie vom allgemeinen

Stimmrecht vorgezogen zu sehen wünscht. Natürlich

sieht die Regierung am liebsten republikanische

Ergebnisse, aber es steht ihr nicht zu, die Kund-

gebungen des allgemeinen Stimmrechts zu ihren

Günsten zu beugen. Die Vertrauensbeweise des

Landes haben nur Werth, in so fern sie frei sind;

wir haben bei den Wahlen nur eine Pflicht zu

erfüllen, nämlich die, dafür zu sorgen, daß die

Gesetze streng befolgt werden.“ Man sieht, die

gegenwärtige Regierung legt Werth darauf, die

Grundsätze, wegen deren Verlegung das frühere

Ministerium angeklagt wurde, für sich selbst als

bindend hinzustellen. — Im Marinebudget hatte

Admiral Bothau einen Zusatz von 92 000 Fr. für

Schiffsgeschäfte beantragt; die Kammer hat

dieselben gestrichen, und zwar, worüber man sich

wundert, diesmal ohne Skandal von Seiten der

Rechten. — Der Bericht Sadi Carnots über das

Project des Ankaufs der kleinen Eisenbahnen ist

fertig; er soll am Donnerstag vorgelegt werden

und man will beantragen, daß die Verhandlung

über die Vorläufe von Say und Freycinet im

Anfang der nächsten Woche beginne. — Der Viscount Marienwerder: bei Tag und Nacht

ver Kahn und Brahm; Marlubien-Graudenz:

zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage, bei

Nacht unterbrochen; Terespol-Kulm: bei Tag

und Nacht ver Kahn.

* Im Bezirk der Ober-Postdirektion zu Danzig hat im Monat Januar der Wechselstempel einen

Etag von 13 166 M., in der Zeit vom 1. April bis

Ende Januar einen solchen von 130 612 M. (15 301

mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs) geliefert.

Im Königsberger Bezirk betrug die Einnahme 17 398 M.

im Januar, 173 341 bis Ende Januar 44 664 mehr

als im Vorjahr, im Gumbinner Bezirk 5327 M. im

Januar, 30 226 M. bis Ende Januar (976 mehr als

im Vorjahr), im Bromberger Bezirk 34 26 im Januar,

34 008 bis Ende Januar (553 mehr als im Vorjahr).

Außer den Bezirken Königsberg und Danzig weisen

nur noch die von Berlin und Hamburg Steigungen

von 14—16 000 M. nach, wogegen die großen Industrie-

Bezirke Ansätze bis gegen 30 000 M. ergaben. Für

das ganze Deutsche Reich ergab sich eine Minder-

Einnahme von 5385 M.

* Die befreiteten Orts- und Polizeibehörden sind

neuerdings auf ein Urteil des Obertribunals hinge-

wiesen, wonach eine im Interesse der öffentlichen

Ordnung erfolgende polizeiliche Regelung auch

solcher Collecten, welche für kirchliche, wohltätige

und Schulzwecke „innerhalb der Kirchengebäude“ statt-

finden, gesetzlich statthaft ist. Die Regierungen würden

dann entsprechende Bezirks-Polizeiverordnungen zu er-

lassen und weiter die Ortsbehörden anzeigen haben,

ob ein Bedürfnis zum Erlasse solcher Polizeiverordnungen

vorhanden sei.

* Der Vorstand des hiesigen Gewerbe-Vereins hat

den Beschluss gefasst, zu dem morgenden 50jährigen

Stiftungsfeste des Elbinger Gewerbe-Vereins eine

Gratulations-Deputation abzusenden, die aus

Pius IX. darstellen. Der Feierlichkeit werden die

Cardinale, das vaticaneische Capitel, der päpstliche Hofstaat und das diplomatische Corps bewohnen. Es sind hier mehrere Deputationen katholischer Vereine eingetroffen, um den Leidenschaften beizuwohnen. — Das in Paris verbreite Gerücht über einen angeblich beunruhigenden Gesundheitszustand des Königs Humbert wird von der „Agenzia Stefani“ als vollständig unbegründet bezeichnet. Die Gesundheit des Königs sei eine vortreffliche. (W. T.)

— 14. Februar. Die Feierlichkeiten bei der

Bestattung der Leiche Pius IX. sind gestern

Abend in sehr erhabender Weise vor sich gegangen.

Nur die eingeladenen Personen hatten Einlaß in die Kirche erhalten; vor derselben hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die öffentliche

Ordnung wurde indeß in keiner Weise gestört. — Wie verlautet, werden fast alle 64 Cardinale an dem Conclave Theil nehmen. Die Speisen für die im Conclave versammelten Cardinale sollen im Vatican selbst zubereitet werden. — Die „Italia“ will wissen, daß der englische Botschafter dem

Ministerpräsidenten Deputat gegenüber die Erklärung abgegeben habe, daß die englische Regierung dem Vorgehen des Cardinal Manning durchaus fremd gegenüberstehe. — Die Nachricht, daß Garibaldi sich am nächsten Sonnabend nach Rom begeben werde, wird von der „Agenzia Stefani“ als unrichtig bezeichnet. (W. T.)

England.

London, 14. Februar. Heute findet in dem Carltonclub ein Meeting der conservativen Deputirten statt, welches den Zweck verfolgt, der Regierung Vertrauen zu ihrer Politik auszusprechen und Unterstützung in der gegenwärtigen Krisis zuzusagen. Die unabhängigen und liberalen Deputirten haben ein Comité gebildet zur Überwachung des Verlaufes der orientalischen Frage. — Der Prinz von Wales und der Herzog von Connaught reisen heute Abend nach Berlin ab, um daselbst den Vermählungsfeierlichkeiten am königlichen Hofe beizuwohnen. (W. T.)

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Februar. Bei der heutigen Berathung des Budgets für das Ministerium des Auswärtigen im Folketing erklärte der Minister des Auswärtigen auf eine ihm von dem Ausschuss-Berichterstatter gegebene Veranlassung, die Hoffnung auf Erhaltung des allgemeinen Friedens sei noch nicht aufgegeben, die Regierung sei bemüht, Dänemark außerhalb der Begebenheiten zu halten, es liege im Augenblicke entschieden nichts vor, was die Friedenshoffnungen der Regierung abschwächen könnte. Zugleich deutete der Minister darauf hin, daß der gestrige Artikel der „Berlingske Tidende“ von der Regierung inspirirt sei und desavouirt auf das Bestimmteste das Gerücht, betreffend die Sperrung der Ostsee und ähnliche Nachrichten, woran übrigens kein vernünftiger Mensch geglaubt hätte. (W. T.)

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 15. Febr. Die Regierung bestellte in Sheffield eine große Anzahl stählerner Kanonenrohren und eine erhebliche Quantität Gewehrläufe. Die Behörden in Malta sind angewiesen, über den für Baraken disponiblen Raum zu berichten, da es wünschenswert sei, Reserveställe in Malta zur schalenigen Verstärkung der Orientflotte zu stationieren.

Danzig, 15. Februar.

* Die kgl. Regierung macht unter dem 12. M. bekannt, daß die Nebel-Signal-Station in Rixhöft, welche nach der Bekanntmachung vom 8. August im Spätherbst v. J. dem Betriebe übergeben werden sollte, jetzt eröffnet worden ist. Das tonangebende Instrument ist eine Sirene erster Klasse, welche durch komprimierte Luft angelassen wird und regelmäßige Signale von 5 Secunden Ton und 55 Secunden Pause gibt. Die Signale werden bei negligenter Wetter gegeben und dürfen auch in den ungünstigsten Fällen auf 3 Seemeilen Entfernung zu hören sein.

* Während der letzten beiden Tage ist ein weiserliches Wachsen des Wasserstandes der Weichsel nicht eingetreten. Bei Kurzebrück ist derfelbe bereits etwas gesunken, bei Thorn unverändert geblieben. Dort treibt auch bereits etwas neues Grundeis, das sich während der letzten Frostnächte gebildet hat. Die zu Anfang der Woche eingetretenen partiellen Eissgänge haben sich nicht wiederholt.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushang auf dem hiesigen Bahnhof.] Gern-
win-St. Marienwerder: bei Tag und Nacht

ver Kahn und Brahm; Marlubien-Graudenz: zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage, bei Nacht unterbrochen; Terespol-Kulm: bei Tag und Nacht ver Kahn.

* Im Bezirk der Ober-Postdirektion zu Danzig hat im Monat Januar der Wechselstempel einen

Etag von 13 166 M., in der Zeit vom 1. April bis

Ende Januar einen solchen von 130 612 M. (15 301

mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs) geliefert.

Im Königsberger Bezirk betrug die Einnahme 17 398 M.

im Januar, 173 341 bis Ende Januar 44 664 mehr

als im Vorjahr, im Gumbinner Bezirk 5327 M. im

Januar, 30 226 M. bis Ende Januar (976 mehr als

im Vorjahr), im Bromberger Bezirk 34 26 im Januar,

34 008 bis Ende Januar (553 mehr als im Vorjahr).

Außer den Bezirken Königsberg und Danzig weisen

nur noch die von Berlin und Hamburg Steigungen

von 14—16 000 M. nach, wogegen die großen Industrie-

Bezirke Ansätze bis gegen 30 000 M. ergaben. Für

das ganze Deutsche Reich ergab sich eine Minder-

Einnahme von 5385 M.

* Die befreiteten Orts- und Polizeibehörden sind

neuerdings auf ein Urteil des Obertribunals hinge-

wiesen, wonach eine im Interesse der öffentlichen

Ordnung erfolgende polizeiliche Regelung auch

solcher Collecten, welche für kirchliche, wohltätige

und Schulzwecke „innerhalb der Kirchengebäude“ statt-

finden, gesetzlich statthaft ist. Die Regierungen würden

dann entsprechende Bezirks-Polizeiverordnungen zu er-

lassen und weiter die Ortsbehörden anzeigen haben,

ob ein Bedürfnis zum Erlasse solcher Polizeiverordnungen

vorhanden sei.

* Der Vorstand des hiesigen Gewerbe-Vereins hat

den Beschluss gefasst, zu dem morgenden 50jährigen

Stiftungsfeste des Elbinger Gewerbe-Vereins eine

Gratulations-Deputation abzusenden, die aus

Pius IX. darstellen. Der Feierlichkeit werden die

Cardinale, das vaticaneische Capitel, der päpstliche

Hofstaat und das diplomatische Corps bewohnen.

Es sind hier mehrere Deputationen katholischer

Danksgung!

Dank, herzlichen Dank den werthen, liebreichen Personen aus Gemix und den übrigen Dörtschaften des bisherigen amtlichen Dienstkreises des durch plötzlichen Tod verbliebenen Gensdarm

Max Felske,

welche bei dessen Beerdigung am Dienstag, den 12. Februar cr. sich menschenfreundl. betheiligt und dieselbe dadurch zu einer christlich würdigen Begegnungsfeier gehoben haben, sollen hierdurch in Wehmuth die tiefbetrauete Wive. u. d. Vater

G. Felske.

(5189) Gardschau, den 14. Februar 1878.

Deutsche Feuer-Versicherungs-Action-Gesellschaft zu Berlin.

Die Gesellschaft versichert gegen Feuer-schaden jeder Art zu billigen und festen Prämien und unter conlanten Bedingungen. Anträge werden sofort effectuirt durch den

General-Agenten

Otto Paulsen,
6105) In Danzig, Brodbänkeng. 48.

Musikalien-Leihinstitut

bei
F. A. Weber,
Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung,

Langgasse No. 78. Günstige Bedingungen. Größtes Lager neuer Musikalien.

Bei Th. Bertling, Gerbergasse 2 erschien soeben:

Erinnerungen an Oliva,

mehr Gefüls-, als Erbeschreibung von Heinrich Mischmann.

8. 27 Seiten, eleg. brosch., Preis 30 M.

Schleswig-Holsteinische Lotterie, 3. Klasse,

Ziehung 6. März cr., Lose 3. 75 M.

Gröbel- Lehrerinnen-Seminar-Lotterie,

Ziehung 12. März, Lose à 3 M.

Inowraclawer Pferde-Lotterie, Ziehung

17. April cr., Lose à 3 M. – bei

5232) Th. Bertling, Gerberg. 2.

Ball-Fächer,
Promenaden-Fächer,
Fächergürtel,
Schleppentässer,
Muffhalter

empfiehlt in grösster Auswahl zu billigsten Preisen

Louis Loewensohn Nachfolger

17. Langgasse 17.

Tintenreiniger,
Thermographische
Zauberbilder

zu haben in der
Berliner Papier-, Galanterie- und
Lederwaren-Handlung

von

Louis Loewensohn Nachfolger

17. Langgasse 17.

Annahme für Fertigung von Me-

daillen-Photographien.

(5076)

Zur Beachtung.

Uhren,
Goldsachen,
Alsenide,
Tallosketten.

Große Krämergasse No. 9.

A. Jacobsen.

Strohhüte
zur Wäsche
befordert
Auguste Zimmermann.

Neue Facons liegen zur gef. Ansicht.

Eine langjährig bestehende frequente
Restauration mit Billard
ist auf vorläufig 5 Jahre zu verpachten und
von sofort mit sämtlichen Utensilien zu
übernehmen. Zu dem Zwecke sind 1500 M.
erforderlich. Zu erfahren bei A. Voestler
in Marienburg.

(5188)

Eisenbahnschienen
zu Bauzwecken empfiehlt à 4 M. per
Centner.

S. A. Hoch,

Johannisgasse 29.

Weisse Kocherbse,

gut Kochend, empfiehlt

(5220)

E. F. Sontowski, Danzig,
Hausthor 5.

Stegemann & Winkelmann

DANZIG.

Fabrik für

Centralheizungen & Ventilation, Canalisation, Gas-, Wasser- u. Pumpenanlagen.

Zur bevorstehenden Bauperiode empfehlen wir uns zur Einrichtung von Centralheizungen aller bewährten Systeme für Gebäude jeder Art.

Einfacher und billiger Betrieb, angenehme gleichmäßige Temperatur, größte Reinlichkeit, sowie gleichzeitige bequeme Wärmewärmung der Corridore und Treppenhäuser sind dabei die Hauptvorzüglich gegenüber gewöhnlicher Ofenheizung.

Kostenvoranschläge nach eingesandten Zeichnungen, sowie jede weitere Auskunft ertheilen wir aufs Bereitwilligste. Beste Belege über zahlreiche von uns ausgeführte Anlagen stehen zu Gebote.

G. Felske. (5189)
Gardschau, den 14. Februar 1878.

Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft zu Berlin.

Die Gesellschaft versichert gegen Feuer-schaden jeder Art zu billigen und festen Prämien und unter conlanten Bedingungen. Anträge werden sofort effectuirt durch den

General-Agenten

Otto Paulsen,

6105) In Danzig, Brodbänkeng. 48.

Musikalien-Leihinstitut

bei
F. A. Weber,

Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung,

Langgasse No. 78. Günstige Bedingungen.

Größtes Lager neuer Musikalien.

Bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2

erschien soeben:

Erinnerungen an Oliva,

mehr Gefüls-, als Erbeschreibung von Heinrich Mischmann.

8. 27 Seiten, eleg. brosch., Preis 30 M.

Schleswig-Holsteinische Lotterie, 3. Klasse,

Ziehung 6. März cr., Lose 3. 75 M.

Gröbel-Lehrerinnen-Seminar-Lotterie,

Ziehung 12. März, Lose à 3 M.

Inowraclawer Pferde-Lotterie, Ziehung

17. April cr., Lose à 3 M. – bei

5232) Th. Bertling, Gerberg. 2.

Ball-Fächer,
Promenaden-Fächer,
Fächergürtel,
Schleppentässer,
Muffhalter

empfiehlt in grösster Auswahl zu billigsten Preisen

Louis Loewensohn Nachfolger

17. Langgasse 17.

Tintenreiniger,
Thermographische
Zauberbilder

zu haben in der
Berliner Papier-, Galanterie- und
Lederwaren-Handlung

von

Louis Loewensohn Nachfolger

17. Langgasse 17.

Annahme für Fertigung von Me-

daillen-Photographien.

(5076)

Stegemann & Winkelmann

DANZIG.

Fabrik für

Centralheizungen & Ventilation,

Canalisation, Gas-, Wasser- u. Pumpenanlagen.

Zur bevorstehenden Bauperiode empfehlen wir uns zur Einrichtung von Centralheizungen aller bewährten Systeme für Gebäude jeder Art.

Einfacher und billiger Betrieb, angenehme gleichmäßige Temperatur, größte Reinlichkeit, sowie gleichzeitige bequeme Wärmewärmung der Corridore und Treppenhäuser sind dabei die Hauptvorzüglich gegenüber gewöhnlicher Ofenheizung.

Kostenvoranschläge nach eingesandten Zeichnungen, sowie jede weitere Auskunft ertheilen wir aufs Bereitwilligste. Beste Belege über zahlreiche von uns ausgeführte Anlagen stehen zu Gebote.

G. Felske. (5189)
Gardschau, den 14. Februar 1878.

Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft zu Berlin.

Die Gesellschaft versichert gegen Feuer-schaden jeder Art zu billigen und festen Prämien und unter conlanten Bedingungen. Anträge werden sofort effectuirt durch den

General-Agenten

Otto Paulsen,

6105) In Danzig, Brodbänkeng. 48.

Musikalien-Leihinstitut

bei
F. A. Weber,

Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung,

Langgasse No. 78. Günstige Bedingungen.

Größtes Lager neuer Musikalien.

Bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2

erschien soeben:

Erinnerungen an Oliva,

mehr Gefüls-, als Erbeschreibung von Heinrich Mischmann.

8. 27 Seiten, eleg. brosch., Preis 30 M.

Schleswig-Holsteinische Lotterie, 3. Klasse,

Ziehung 6. März cr., Lose 3. 75 M.

Gröbel-Lehrerinnen-Seminar-Lotterie,

Ziehung 12. März, Lose à 3 M.

Inowraclawer Pferde-Lotterie, Ziehung

17. April cr., Lose à 3 M. – bei

5232) Th. Bertling, Gerberg. 2.

Ball-Fächer,
Promenaden-Fächer,
Fächergürtel,
Schleppentässer,
Muffhalter

empfiehlt in grösster Auswahl zu billigsten Preisen

Louis Loewensohn Nachfolger

17. Langgasse 17.

Tintenreiniger,
Thermographische
Zauberbilder

zu haben in der
Berliner Papier-, Galanterie- und
Lederwaren-Handlung

von

Louis Loewensohn Nachfolger

17. Langgasse 17.

Annahme für Fertigung von Me-

daillen-Photographien.

(5076)

Centralheizungen & Ventilation,

Canalisation, Gas-, Wasser- u. Pumpenanlagen.

Zur bevorstehenden Bauperiode empfehlen wir uns zur Einrichtung von Centralheizungen aller bewährten Systeme für Gebäude jeder Art.

Einfacher und billiger Betrieb, angenehme gleichmäßige Temperatur, größte Reinlichkeit, sowie gleichzeitige bequeme Wärmewärmung der Corridore und Treppenhäuser sind dabei die Hauptvorzüglich gegenüber gewöhnlicher Ofenheizung.

Kostenvoranschläge nach eingesandten Zeichnungen, sowie jede weitere Auskunft ertheilen wir aufs Bereitwilligste. Beste Belege über zahlreiche von uns ausgeführte Anlagen stehen zu Gebote.

G. Felske. (5189)
Gardschau, den 14. Februar 1878.

Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft zu Berlin.

Die Gesellschaft versichert gegen Feuer-schaden jeder Art zu billigen und festen Prämien und unter conlanten Bedingungen. Anträge werden sofort effectuirt durch den

General-Agenten

Otto Paulsen,

6105) In Danzig, Brodbänkeng. 48.

Musikalien-Leihinstitut

bei
F. A. Weber,

Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung,

Langgasse No. 78. Günstige Bedingungen.

Größtes Lager neuer Musikalien.

Bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2

erschien soeben:

Erinnerungen an Oliva,

mehr Gefüls-, als Erbeschreibung von Heinrich Mischmann.

8. 27 Seiten, eleg. brosch., Preis 30 M.

Schleswig-Holsteinische

Beilage zu No. 10808 der Danziger Zeitung.

Danzig, 15. Februar 1878.

Danzig, 15. Februar.

* Ist jemand, der fremdes, ihm zu anderen Zwecken übergebenes Geld für sich selbst verbraucht, zum sofortigen Ersatz im Stande, so kann der Strafrichter nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 22. Januar d. J. daraus den Schluß ziehen, daß der Thäter sich nicht an dem Werthe des verausgabten fremden Geldes habe bereichern wollen, und somit ihn von der beschuldigten Unterschlagung freisprechen.

* Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten hat bestimmt, daß das Prädicat „Königlich“ nur solchen Feldmesser zugestanden werden kann, die im Königlichen Dienst angestellt sind. Dagegen steht nichts dem entgegen, daß die geprüften resp. vereidigten Feldmesser sich als solche zeichnen und benennen.

Königsberg, 14. Febr. Gestern Nachmittags tagte hier im Saale des Junkerhofes unter dem Vorsteher Dr. Möller eine zahlreich besuchte Volksversammlung, um über Schritte gegen die neuen Reichs-Steuernprojekte zu berathen. Nach den einleitenden Worten des Vortragenden polemisierten Kaufmann Hennig und Abg. Quadt namentlich gegen die Tabaksteuer und Börsen-Mäßer Arou gogen die Börsensteuer, während Prof. Rühl die politische Seite beider Steuernprojekte kritisch beleuchtete. Man einigte sich hinnächst über eine schlemmige An den Reichstag abzusendende Petition, in welcher um Verwerfung sowohl der Tabak- als der Börsensteuer gebeten wird. Die Petenten führen hierbei folgende Erwägungsgründe an:

1) daß die von der Reichsregierung beantragte Erhöhung der Tabaksteuer vorzugsweise die ärmeren Volksklassen belasten würde; daß sie den inländischen Tabakbau und die kleinere Tabakindustrie schwer schädigen und dadurch Hundertausenden von Arbeitern einen lohnenden Erwerbszweig entziehen müßte; daß sie ferner nicht ohne einen höchst lästigen und kostspieligen, den Reinertrag bedeutend schwärmenden Controlapparat durchzuführen wäre und dabei zu Schmuggel und Defraude verführen würde; daß sie endlich als ein Übergang zum Monopol erscheint; 2) daß eine Börsensteuer, unter welcher Form immer sie auftreten möge, leicht zu umgehen sein werde; daß, so weit sie durchführbar, sie hauptsächlich den kleinen Betreiber drücken, dabei im Verhältnisse zu den durch sie dem kaufmännischen Geschäft bereiteten Hindernissen sehr wenig einträglich sein und außerdem den Geschäftsbetrieb der inländischen Börsen zu Gunsten der concurrenden auswärtigen einschränken würde; 3) daß in Zeiten eines noch nicht überwundenen wirtschaftlichen Rückgangs eine Erhöhung der Steuerlast, wie sie die Vorlagen der Reichsregierung enthalten, am wenigsten zulässig ist; daß vielmehr ein etwaiges Deficit, so weit es nicht auf zu niedriger Veranschlagung der laufenden Einnahmen beruht, durch Einschränkung der Ausgaben oder durch einmalige Crédite gedeckt werden sollte; 4) daß wenn eine wirkliche Steuerreform in Angriff genommen werden sollte, der Reichstag, obwohl sein einziges Machtmittel aus der Hand zu geben, nur einer solchen Zustimmung könnte, welche an die Stelle der

Matricularbeiträge eine andere directe, der alljährlichen Bewilligung durch die Volksvertretung unterliegende Steuer setze. — In der Zappa'schen Hofconditorei liegt zur Zeit, wie die „R. S. B.“ berichtet, in einer polirten Kiste von Mahagoniholz ein Bract. Marzipanstück aus, den das Hofmarschallamt in Berlin zur Hochzeitsfeier der Prinzessin Charlotte bestellt hat, und der in diesen Tagen dorthin abgeht. Der selbe hat ein Gewicht von 40 Pfund, er stellt ein Medaillonstück dar, geziert und umgeben von den prächtigsten Blumenbouquets, aus eingemachten Früchten hergestellt, während die vier Edstücke Adler mit ausgebreiteten Flügeln bilden. Die Arbeit gehört zu dem Vollendetsten, was man in diesem Genre hier bisher gesehen hat. — Die hiesige Fabrikthätigkeit befindet sich jetzt wieder in eifreuelichem Wachsthum. Die Steinfur'sche Eisengießerei hat ihr Arbeiterpersonal von Woche zu Woche verstärkt und in der Union-Eisengießerei arbeiten beständig 384 Personen täglich 11 Stunden bei verhältnismäßig gutem Lohn.

Bromberg, 14. Februar. Die Einweihung der hier neu erbauten evangelischen Paulskirche wurde nach der „Br. 3.“ am Sonntag, den 4. März cr. stattfinden. Nach dem Festprogramm versammelten sich die Gemeinde und die zur Feier geladenen Festgenossen um 9 Uhr in der alten evangelischen Kirche. Von dort begibt sich der Festzug um 9½ Uhr nach dem neuen Gotteshause. Die hiesige Regierung macht, der „Ost. Br.“ auf, bekannt, daß infolge der Mandatsniederlegung des Rittergutsbesitzers v. Kozłowski zu Jaromir, Kreis Inowrazlaw, die Neuwahl eines Reichstagsabgeordneten auf den 26. März auberaumt

Baris, 14. Februar. (Schlußbericht.) 3½ Rente 73,22½, Maleide de 1872 109,47½, Italienische Goldrente 73,10, Österreichische Goldrente 63%, Ungarische Goldrente 77½, Franzosen 54,00, Lombardische Eisenbank - Aktien 165,00, Lombard. Prioritäten 235,00, Türk. de 1865 8,95, Türk. de 1869 44,30, Türk. loose 32,20, Russen de 1877 84, Credit mobilier 160, Spanier exter. 12½, do. inter. 11½, Suezcanal-Aktion 743, Banque ottoman 362, Société générale 465, Credit foncier 627, neue Egypte 136, Wechsel auf London 25,15. Fest.

Baris, 14. Februar. Productenmarkt. Weizen fest, ¼ Febr. 30,10, ¼ März, April 31,00, ¼ Mai-Juni 31,25, ¼ Mai-August 31,25. Mehl fest, ¼ Februar 66,00, ¼ März-April 66,25, ¼ Mai-Juni 66,50, ¼ Mai-August 66,75. Rüböl ruhig, ¼ Febr. 97,00, ¼ März 96,00, ¼ April 95,50, ¼ Mai-August 93,75. — Spiritus ruhig, ¼ Febr. 56,75, ¼ Mai-August 58,25.

Auktionen. 14. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer stetig. Gerste ruhig. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kaffiaire, Type weiss, loco 27½ bez. u. Br., Febr. 27½ bez. u. Br., ¼ März 27½ bez. u. Br., ¼ September 80% Br., ¼ Sept.-Dezember 31½ Br. Weizen.

Baris, 14. Febr. (Schlußcourse.) Papierrente 62,70, Silberrente 66,20, Österreichische Goldrente 73,80, Ungarische Goldrente 91,45, 1854r. Loosse 107,50, 1860er Loosse 110,70, 1864er Loosse 187,70, Creditloose 161,20, Lager. Prämieloose 76,20, Creditactien 218,90, Franzosen 256,00, Lomb. Eisenbahn 76,25, Galizier 241,75, Kaschau-Oberberg 102,00, Verdub. —, Rosemeis. 105,50, Elisabethbahn 160,00, Nordbahn 19,5,00, Nationalbank 788,00, Türkische Loosse 14,00, Unionbank 62,00, Anglo-Austral. 91,50, Deutsche Bläze 58,5; Londoner do. 119,70, Pariser do. 47,50, Amsterdamer do. 98,75, Kapoleons 9,54, Dukaten 5,62, Silbercoupons 104,30, Marktdecken 58,82½.

London, 14. Februar. (Schluß-Course.) Consols 95%, b. Italienische Rente 72%. Lombardien

6½. 3½ Lombard. Prioritäten alte 9%. 3½ Lombard. Priorit. neue —. 3½ Russen de 1871 83 5½. Russen de 1872 82½, b. Russen de 1873 82½. Silber 54. Türkische Maleide de 1865 8%. b. Türk. de 1866 5½. Vereinigte Staaten 7½ 1885 —. b. Vereinigte Staaten 5½ fundierte 105. Österreichische Silberrente. Österreichische Papier-Rente —. b. ungarische Schatzbonds 99%. b. ungarische Schatzbonds 2. Emmission 91%. b. Spanier 12%. —. Blaubbiscont 1%.

Leith, 13. Februar. Getreidemarkt. [Cochrane Peterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 2474, Gerste 1714, Bohnen 561, Erbien 95, Hafer 221 Tons. Mehl 5524 Sac. — Der Markt war ruhig. Weizen matt, zu leichten Preisen gehandelt. Mehl unverändert.

Paris, 14. Februar. Bankausweis. Zunahme: Guthaben des Staatshauses 3 740 000 Frs. Zunahme: Baarvorwahl 3 782 000, Portefeuille der Hauptbank und der Filialen 35 156 000, Gesamt-Borschüsse 611 000, Notenumlauf 5 515 000, Laufende Rechnungen der Privaten 39 925 000 Frs.

Paris, 14. Februar. (Schlußbericht.) 3½ Rente 73,22½, Maleide de 1872 109,47½, Italienische Goldrente 73,10, Österreichische Goldrente 63%, Ungarische Goldrente 77½, Franzosen 54,00, Lombardische Eisenbank - Aktien 165,00, Lombard. Prioritäten 235,00, Türk. de 1865 8,95, Türk. de 1869 44,30, Türk. loose 32,20, Russen de 1877 84, Credit mobilier 160, Spanier exter. 12½, do. inter. 11½, Suezcanal-Aktion 743, Banque ottoman 362, Société générale 465, Credit foncier 627, neue Egypte 136, Wechsel auf London 25,15. Fest.

Paris, 14. Februar. Productenmarkt. Weizen fest, ¼ Febr. 30,10, ¼ März, April 31,00, ¼ Mai-Juni 31,25, ¼ Mai-August 31,25. Mehl fest, ¼ Februar 66,00, ¼ März-April 66,25, ¼ Mai-Juni 66,50, ¼ Mai-August 66,75. Rüböl ruhig, ¼ Febr. 97,00, ¼ März 96,00, ¼ April 95,50, ¼ Mai-August 93,75. — Spiritus ruhig, ¼ Febr. 56,75, ¼ Mai-August 58,25.

Auktionen. 14. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer stetig. Gerste ruhig. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kaffiaire, Type weiss, loco 27½ bez. u. Br., Febr. 27½ bez. u. Br., ¼ März 27½ bez. u. Br., ¼ September 80% Br., ¼ Sept.-Dezember 31½ Br. Weizen.

New York, 13. Febr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81½ C., Goldbagis 2, ½ Bond 5½ fund. 104, ½ Bond 1887 105½, Eriebahn 9%. Central-Pacific 105, New York Centralbahn 104½. — Wareneisenbahn 1. Danziger in New York 10%, do. in New Orleans 10%, Petroleum in New York 12%, do. in Philadelphia 12, Mehl 5 D. 20 C., Roher Winterweizen 1 D. 36 C., Mais (old mixed) 59 C., Buder (fair refining Muscovado) 7½, Kaffee (Rio) 16%, Schmalz (Marie Wilcox) 8, do. Fairbanks 8, Spez (short clair) 5½ C. Getreidefracht 5%.

Meteorologische Depesche vom 14. Februar.

	8 Uhr Morgens.	Barometer.	Wind.	Wetter.	Temp. C. Therm.
Aberdeen	762,7	O	leicht	b. bed.	4,4 ¹⁾
Copenhagen	764,8	—	still	Nebel	— 3,0
Stockholm	759,6	—	still	b. bed.	— 1,2
Haparanda	752,1	W	mäßig	b. bed.	— 9,4
Petersburg	752,7	NW	still	Schnee	— 3,6
Moskau	762,3	NW	still	wolkig	— 17,4
Cork	757,9	N	schwach	wolkig	5,0
Brest	758,0	W	schwach	b. bed.	9,0
Helder	752,4	S	still	Nebel	2,8
Sylt	7,3,1	O	still	Regen	0,3
Hamburg	764,3	SW	still	Nebel	1,8
Swinemünde	764,6	SW	still	b. bed.	— 4,4
Neufahrwasser	765,2	SSW	leicht	wolkig	— 7,1
Memel	760,8	NNW	mäßig	b. bed.	1,0 ²⁾
Paris	763,6	SSD	schwach	Regen	7,8
Trefeld	763,9	SD	schwach	Nebel	4,8 ³⁾
Karlsruhe	767,4	SW	still	bed.	— 1,5
Brieselbaden	767,0	—	still	bed.	— 1,0
Cassel	766,0	SW	mäßig	Regen	— 1,8
München	767,9	S	leicht	wolkig	— 1,6
Leipzig	767,2	S	leicht	bed.	0,9
Berlin	765,1	S	leicht	Schnee	1,0
Wien	770,3	—	still	wolkig	— 5,8
Breslau	766,9	SSD	leicht	better	— 4,8

¹⁾ See ruhig. ²⁾ See unruhig. ³⁾ Nachmittag, Regen.

In ganz Centraleuropa ist das Barometer gefallen in Nordstaatinavien dagegen wieder gestiegen. Fast überall herrscht ruhiges aber trübes Wetter, vom Rhein bis Copenhagen Nebel bei Windstille, in der Normandie starker Südwind mit Regen. Die Temperatur ist größtentheils gestiegen, besonders in den russischen Ostse-Provinzen und in der Westhälfte Deutschlands. In Memel und Riga herrscht Thawwetter.

Deutsche Seewarte.

	Productenmärkte.
Königsberg, 14. Febr. (v. Portarius & Große.)	Weizen ¼ 1000 Kilo hochbunter 121/2 200, 123/2 197,50, 126/2 218,75 A. bez., bunter 116/18
	200 A. bez., roher 120/18 188,25, 121/2 181,25, 173,25, 122/3 188,25, 125/2 193, 197,50, 127,75 194 A. bezählt. — Brot ¼ 100 Kilo inländischer 116/7, 123,75, 117,75 125, 118,75 126,25, 118/9
	127,50, 119,75 128,75, 120,75 127,50, 121,75 132,50, 121/2 131,25, 123/2 133,75, 135, 123/4 136,25 A. bez., Februar 130 A. Br., 128 A. Bd., Frühjahr 137 A. Br., 135 A. Bd. — Brot ¼ 100 Kilo inländischer 116/7, 123,75, 117,75 125, 118,75 126,25, 118/9
	127,50, 119,75 128,75, 120,75 127,50, 121,75 132,50, 121/2 131,25, 123/2 133,75, 135, 123/4 136,25 A. bez., Februar 130 A. Br., 128 A. Bd., Frühjahr 137 A. Br., 135 A. Bd. — Gerste ¼ 100 Kilo 1000 Kilo grobe 140 A. bez., kleine 120, 122,75 A. bez. — Hafer ¼ 1000 Kilo loco 108, 116, 120, schwarz 109 A. bez. — Erbsen ¼ 1000 Kilo weiße 124,50, 126,50, 123,25, 140 A. bez., grane 166,50 A. bez., grüne 133,25, 144,50, 148,75 A. bez. — Bohnen ¼ 1000 Kilo 102, 137,75, 140 A. bez. — Weizen ¼ 1000 Kilo 113,25, 117,75, 122,25 A. bezählt. — Rüben

1000 Kilo Dotter 211, 227,75 A. bez. — Spiritus
1000 Liter fl. ohne Fas. in Posten von 5000
Liter und darüber 100 A. bez., Febr. 51% A.
Br., 56% A. Br., März 52 A. Br., 51% A. Br.,
Frühjahr 52% A. Br., Mai-Juni 52% A. Br.,
Juli 53 A. Br., Juni 54% A. Br., 53% A. Br.,
Juli 55 A. Br., 54% A. Br., August 56 A. Br.,
55% A. Br., Sept. 56 A. Br., 55% A. Br., Juli
gestern nicht gehandelt.

Stettin, 14. Februar. Weizen zur Frühjahr 209,00
A. zur Mai-Juni 210,00 A. — Roggen zur Frühjahr
144,00 A. — Weizen zur Mai-Juni 144,00 A. — Hafer zur
Frühjahr —. — Rübbel 100 Kilo. — Spiritus loco
70,50 A. zur April-Mai 70,00 A. — Spiritus loco
49,40 A. zur Februar — A. zur April-Mai 51,10
A. — Petroleum loco 12,50 A.

Breslau, 14. Februar. Kleesamen in ruhiger
Haltung, rother unverändert, zur 50 Kilogr. 32—42—
47—52 A. weißer behauptet, 40—44—57—66—70 A.
hochfein über Notiz. Thymothee ruhig, zur 50 Kilogr.
18—20—23 A.

Berlin,

14.

Februar.

[Originalbericht v. C. Kaltin.]

Beeinfluss von den höheren Notirungen des Westens zeigte sich eine festere Stimmung für Getreide am heutigen Markte, wenngleich derselbe an Lebhaftigkeit vor seinen leichten Vorgängern nichts vorans hatte.

Weizen loco fest. Auf Termine vollzogen sich die ver-einzelten Abschlüsse zu besseren Coursen. — Roggen loco fester, bei der kleinen Zufuhr blieb der Handel aber nur geringfügig. Termine gingen bei fester Haltung zu 1 A. besseren Coursen schwach um. — Für Rübbel zeigte sich Realisationsangebot, unter dem fast die ganze gestrige Aufbesserung verloren ging. — Spiritus Anfangs milder, besserte sich, dem Einflusse von Getreide folgend und schloß um einen Groschen besser als gestern. — Petroleum ohne Geschäft und unverändert. — Roggengehalt fest und höher bezahlt.

Weizen zur 1000 Kilo, gekündigt — Centner, Kündigungspreis — A. loco 185 bis 225 A. nach Qualität, gelb märkischer u. ufermärkter 198—200 A. ab Bahn bez. — Febr. — A. bez., Febr.-März — A. bez., Febr.-Mai 50,9 A. bez., Febr.-März 52,5—52,6 A. bez., Febr.-Mai 52,5—52,3 A. bez., Febr.-März 52,5—52,6 A. bez., Febr.-Mai 53,5—53,6 A. bez., Febr.-März 54,3—54,6 A. bez., Febr.-Mai 55—55,2 A. bez., Febr.-Mai 206—207 A. bez., Febr.-März 207,5 A. bez., Febr.-März 51,3 A. bez. —

Petroleum zur 100 Kilo mit Fas. gel. — Etr., Kündigungspreis — A. loco 24,6 A. bez., Febr. 24,5 A. bez., Febr.-März 24,4 A. bez., Febr.-April 24,5 A. bez., Febr.-März 24,4 A. bez., Febr.-März 26,5 A. bez., Delsaten zur 1000 Kilo, Winter-Raps 310 bis 330 A. Winter-Rübsen 310—325 A. — Weizenmehl incl. Saat zur 100 Kilo loco No. 00 3—28 A. No. 0 28—27 A. No. 1 26—25% A. — Roggengehalt incl. Saat zur 100 Kilo, gel. — Etr., Kündigungspreis — A. loco No. 0 22%—20% A. No. 0 und 1 20%—18% A. Febr.-März 20,10—20,15 A. bez., Febr.-März 20,10—20,15 A. bez., Febr.-März 20,25—20,30 A. bez., Febr.-März 20,40—20,45 A. bez., Febr.-März 20,40—20,45 A. bez.

Kaffee.

Amsterdam, 13. Februar. Die Auction der niederländischen Handelsgesellschaft findet am 20. d. M. statt und besteht aus 95 344 Ballen Java-, Palembang- und Macassar-Kaffee. Der Markt ist flau.

Berliner Fondshörte vom 14. Februar 1878

Die Haltung der heutigen Börse war durchweg eine recht feste. Im Großen und Ganzen blieb das gestrige Courtniveau unverändert. Die Umsätze waren aber nur gering. Von den internationalen Speculationspapieren gingen Österreichische Creditactien am regsten um, mit niedrigerem Course eingezogen hatten sie bald den gestrigen Schlusscours erreicht und hielten sich auch bis zum Schluss auf dieser Höhe. Österreich-Staatsbahn behauptete sich gut. Bomb. blieben ruhiger. Die

Desterr. Nebenbahnen trugen eine günstigere Physiognomie und erfreuten sich größtentheils besserer Kauflust. Galizier gingen zu erhöhter Notiz etwas lebhafter um. Auch in den localen Speculationseffekten blieben die Umsätze in sehr engen Grenzen, aber auch hier war ein durchaus fester Grundzug nicht zu erkennen. Eine sehr günstige Entwicklung nahm das Geschäft in den ausländischen Staatsanleihen. Nicht allein gewann der Verkehr eine erweiterte Ausdehnung, sondern es konnten

auch in Folge der allgemein vorherrschenden Kauflust die Notirungen erhöht werden. Bevorzugt waren österr. und ungarische Renten, auch Italiener waren beliebt. Russische Werttheile schwächer. In russischen Noten fand ein größeres Geschäft zu steigenden Coursen statt, pr. ult. 213,5—216,5—216, pr. März 214—217—216—216%. Preußische und andere deutsche Staatspapiere waren fest, befreitigten sich aber nur in sehr geringem Maße am Verkehr. Ebenso blieben Eisenbahnpriori-

täten bei fester Haltung sehr still. Auf dem Eisenbahnmarkte war die Haltung schwach und der Verkehr gering. Banlactien im Allgemeinen fest aber in geringem Verkehr. Industriepapiere verhielten sich sehr ruhig. Montanmerthe im Großen und Ganzen fest, aber meist vernachlässigt. Wechsel wenig verändert.

† Minen vom Staate erwartet.

Deutsche Fonds.		Hypotheke-Pfandbr.		Ausländische Fonds.		Bib. 1876		Bib. 1876		Bib. 1876		Bib. 1876		Bib. 1876		Bank- und Industrieactien.		Bib. 1876		Bib. 1876		Sorten.				
Soujolbire. unl.	4 1/2 104,70	Unt. Pf. Pr. & Bl.	5 94,80	5 65,25	Berlin-Hamburg	170	11	Hütinger	114,75	9 1/4	do. do. Elbthal	5 63,70	Bsc. -Command.	114,75	4	Berg. u. Hütten-Gesell.	Dib. 1877	—	—	—	—	—	—			
St. Staats-Unl.	4 95,70	Bod. Ged. Hyp. -Pfd.	5 101,75	do. Stieg. 6. unl.	5 79,60	Berlin-Nordbahn	—	9	Küngar. Nordostb.	18,75	0	do. do. Elbthal	5 57	gew. Dr. Schuster	—	0	Dortm. Union Gbd.	6,80	0	—	—	—	—			
Stadt-Schuld.	3 1/2 92,70	Cent. Bd. St. Pfd.	5 101,50	do. Präm. W. 1884	5 155,50	Doel.-Pd. -Magd.	77	8 1/2	do. St.-Pr.	—	4	do. do. Elbthal	5 54,40	Int. Handelsge.	—	0	Admrigs- u. Danab.	73,30	2	—	—	—	—			
St. Berlin.-W. 1885	3 1/2 138,10	do. do.	5 106,75	Russ. Bod. Ged. Pf.	5 155,50	Berlin-Stettin	101,75	8 1/2	Weimar-Gera. gen.	38	2 1/2	do. do. Elbthal	5 72,75	Königsb. Ver.-B.	84,25	5 1/2	Göllberg, Rint.	16,75	—	—	—	—	—			
Deutsche Reichs-A.	4 95,60	Rindb.	do.	4 1/2 100,25	Russ. Central do.	78	—	Bresl. Gbr.-Ugs.	62,60	5	do. St.-Pr.	16,75	Charl.-Tajew. ril.	72,40	2	Meining. Credit.	136,50	8	do. St.-Pr.	74,90	—	—	—			
Zaudb. G.-Gebdr.	4 95	Danz. Hyp. -Pfd.	—	Russ. Vol. Schule	—	Kön.-Münster	88,50	5 1/2	Bresl.-Grajewo	40	0	do. do. Elbthal	5 85	Norddeutsche Bank	—	1 1/4	Victoria-Gütte	6,75	—	—	—	—	—			
Österreich. Wiss.	3 1/2 83,75	Goth. Präm.-Pfd.	5 108	Vol. Pf. G.-R.	5 65,60	Erft. St. Kempen	—	—	do. Kiew	60,20	0	do. do. Elbthal	5 92,40	Deit. Credit.-Inst.	94,90	8	Wochsel-Gouds.	116	2 1/2	Amsterdam	5 Xg. 3	168,60	—			
do.	4 95,20	do.	5 95,20	Vol. Pf. G.-R.	5 58	do. Gl.-Pf.	—	—	Galizier	103,10	7	do. do. Elbthal	5 98,25	Pr. Gent. Dr. Gr.	1,50	0	Amsterdam	2 Min. 3	167,85	—	—	—	—			
do.	4 101,80	do.	5 101,80	Balt.-Gorla.-Gub.	5 13,70	do. Liquidat.-Gr.	13,70	0	Württ.-Badische	43,75	6	do. do. Elbthal	5 85,25	Preuß. Crd.-Nur.	52	0	Vom. Ritterb.-B.	1,50	2	London	3 Xg. 3	20,36	—	—	—	—
Zomm. Pfandbr.	3 1/2 83,60	III. Gm. rls. 100	5 85,75	Amerik. 5% unl.	5 100,40	do. St.-Pr.	84,50	0	Kronpr. Kud.-B.	49	5	do. do. Elbthal	5 82,50	Haßhaus. Unv.	—	0	do.	—	—	do.	—	—	—			
do.	4 94,70	Tielt. Nat. Hyp.	5 93	do. do. v. 1881	5 101,70	Hannover-Altenholz	11,25	—	Ostth. -Bimburg	17,75	0	do. do. Elbthal	5 92,60	Schle. -Dauteritz	79,50	5	Paris	5 Xg. 2	81,10	—	—	—	—			
do.	4 101,90	do.	5 101,90	Newyork. Stadt.-A.	7	107	do. St.-Pr.	24	0	Oester.-Franz. St.	—	5 1/2	do. do. Elbthal	5 84,25	Mellerbank	94,50	0	Wels. Bankh.	5 Xg. 2	21,05	—	—	—	—		
do.	4 94,50	do.	5 94,50	do. Gold-A.	6 73,40	Märk. -Hohe	17,20	—	do. Nordwehr.	182,40	5	do. do. Elbthal	5 116	Ver.-St. Quistorp	0,10	0	do.	—	—	do.	—	—	—			
Würtzpreis. Pfandbr.	3 1/2 84,10	Öster. Goldrente	4 62,60	Italiensche Rente	5 73,50	do. St.-Pr.	73,50	2 1/2	do. Bit. B.	82	—	do. do. Elbthal	5 122,55	Actien d. Colonia	6225	55	Wien	5 Xg. 4	169,90	—	—	—	—			
do.	4 95,90	do.	5 95,90	Öster. Pap.-Rente	4 53,10	do. Tabaks-Act.	6	—	Reichsb.-P. r. e.	37,60	4 1/2	do. do. Elbthal	5 94,10	Leipz. Feuer-B.	8410	96	do.	—	—	do.	—	—	—			
do.	4 101,50	do.	5 101,50	do. Silber-Rente	4 56,10	do. Tabaks-Öbl.	102,40	—	Rumänier	23,25	0	do. do. Elbthal	5 102,40	Bauverein-Passeage	17	1	Peterburg	2 Min. 51	215	—	—	—	—			
do.	4 105	do.	5 105	do. Zoose 1854	4 96,10	Gräf. -Braun. Rente	—	—	do. St.-Pr.	70	8	do. do. Elbthal	5 104	do.	104	1	do.	—	—	do.	—	—	—			
do.	4 106	do.	5 106	do. Zoose v. 1860	2 294	Raab.-Graj.-A.	2 69,10	—	Mainz-Ludwigsb.	181,50	5	do. do. Elbthal	5 104	Central-Asiag.	17,75	0	do.	—	—	do.	—	—	—			
do.	4 93,10	do.	5 93,10	do. Zoose v. 1864	2 105	Rumänische Anleihe	2 90,50	—	Frankf. G. St. P.	—	0	do. do. Elbthal	5 104	Deutsch. Bauge.	59,50	0	Sorten.	—	—	—	—	—	—			
do.	4 101,10	do.	5 101,10	do. Gold-Rente	6 77,50	Kurt. Unl. v. 1865	5 9	—	Göthard-Dahn	60,25	4	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	—	0	Do. Taut.	—	—	—	—	—	—			
do.	4 95,50	do.	5 95,50	do. Gold-Rente	6 148,50	St. B.	120,60	9 1/2	Reichsb.-Oderbg.	4,50	0	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	—	0	Do. Taut.	—	—	—	—	—	—			
do.	4 95,40	do.	5 95,40	do. do. Unl. 1859	5 81,50	Großen-Braunschweig. n. Stamm- u. Stamm- Prioritäts-Actien.	114	9 1/2	Reichsb.-Oderbg.	70,10	0	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	94	7	Sovereign	—	20,33	—	—	—	—	—		
do.	4 95,40	do.	5 95,40	do. do. Unl. 1862	5 81,50	Österr. Südbahn	35	0	Reichsb.-Oderbg.	5 60	—	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	5	7	Do-Franz.-Gr.	1392,75	16,20	—	—	—	—	—		
do.	4 122,50	do.	5 122,50	do. do. von 1870	5 82,20	Bergisch.-Märk.	18,75	1	Reichsb.-Oderbg.	5 60	—	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	8	0	Do-Franz.-Gr.	4,185	—	—	—	—	—	—		
do.	4 81,50	do.	5 81,50	do. do. von 1871	5 82,20	Bergisch.-Märk.	73,40	8 1/2	Reichsb.-Oderbg.	66,75	—	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	0,50	0	Fremde Bautnothen	—	—	—	—	—	—	—		
do.	3 1/2 110,10	do.	5 110,10	do. do. von 1872	5 82,20	Berlin-Undhalt	85,25	6	Reichsb.-Oderbg.	329	—	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	107,75	7	Königsb. Wallan.	—	—	—	—	—	—	—		
do.	3 1/2 173,75	do.	5 173,75	do. do. von 1873	5 82,50	Rhein-Rohr.	9,40	0	Reichsb.-Oderbg.	93,75	—	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	107,75	7	Römisches Reich.	177,50	169,90	—	—	—	—	—		
do.	3 1/2 170,10	do.	5 170,10	do. Sonn.-Döbl. 1875	4 1/2	Berlin-Dörrn.	14,50	0	Reichsb.-Oderbg.	80,50	—	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	14,50	0	Wilhelmshütte	—	—	—	—	—	—	—		
do.	3 1/2 187	do.	5 187	do. 5% do. 1877	5 82,25	St. B.	29,75	0	Reichsb.-Oderbg.	73,75	—	do. do. Elbthal	5 69,25	Do. Taut.	30	0	Wiedische Bautnothen	215,35	—	—	—	—	—	—		

Verantwortlicher Redakteur H. Nödner.
Bund und Verlag von A. W. Kaemmann in Danzig.